

Pressemitteilung

**Bündnis und Wirtschaftswissenschaftler warnen KMW-Verantwortliche
eindringlich vor wirtschaftlichen Risiken des Kohlekraftwerkes**

Mainz / Wiesbaden, 25.09.2009: Vor der anstehenden Aufsichtsratssitzung der KMW AG am kommenden Montag warnen das ‚Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden‘ und die ‚Wirtschaftswissenschaftler gegen das Kohlekraftwerk‘ in einer gemeinsamen Stellungnahme nochmals vor den wirtschaftlichen Risiken des Kohlekraftwerkes.

„Bereits die der Presse zu entnehmenden Kerndaten des von der KMW AG eingeholten Pöry Gutachtens zeigen deutlich, dass die Wirtschaftlichkeit des Kohlekraftwerkes weiterhin sehr fraglich erscheint.“, so Ludwig Josef Albinus, Initiator der Wirtschaftswissenschaftler. „Das Gutachten kommt zwar im Ergebnis noch zu einer knappen Rendite von jetzt nur noch 6,5 % des eingesetzten Eigenkapitals, jedoch geht es von nicht nachvollziehbaren Grundannahmen aus:

Nach Aussagen des Aufsichtsratsmitgliedes der KMW AG Herrn Lorenz beläuft sich der Finanzbedarf für das Kohlekraftwerk mittlerweile auf 1,7 Mrd EUR. Das Eigenkapital der KMW liegt laut den veröffentlichten Zahlen bei knapp 166 Mio EUR. Die Fremdkapitalquote der KMW liegt damit über den von Pöry angesetzten 80%. Folglich erhöht sich die Zinsbelastung. "Unternehmungen mit einer solch niedrigen Eigenkapitalquote von nur annähernd 10 % gelten als hoch riskant." so Albinus

Zudem gehen die Berechnungen von 7600 Betriebsstunden im Jahr aus. Dies steht im klaren Widerspruch zu dem von der Bundesregierung bis 2020 beschlossenen Ausbau der regenerativen Energien auf einen Erzeugeranteil von 30 %. Eine in diesem Monat vorgestellte Studie des Fraunhofer Institutes IWES kommt zu dem Ergebnis, dass durch den Ausbau von regenerativen Energien der Bedarf an konventionellen Großkraftwerken, die im Dauertrieb Strom produzieren, immer stärker schrumpft. Es werden vielmehr flexiblere Kraftwerke benötigt, die kurzfristig hochgefahren werden können, wenn die alternativen Techniken kein Strom erzeugen, weil kein Wind weht oder die Sonne nicht scheint. In diesem Zusammenhang sei noch auf ein gegensätzliches Gutachten der Firma Pöry aus diesem Monat hingewiesen, in dem es für Großbritannien davon ausgeht, dass dort Kohlekraftwerke wegen des steigenden Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können.“, so Ludwig Josef Albinus abschließend.

„Ein weiteres Gutachten eines der größten kommunalen Kreditgeber für Deutschland, die WestLB ^[1] sieht die Rentabilität von Steinkohlekraftwerken ebenfalls als nicht mehr gegeben an. Bemerkenswert an dieser Studie ist, dass diese eine grundsätzliche Unrentabilität von Kohlekraftwerken feststellt, und zwar selbst dann, wenn man die zusätzlichen Kosten des Emissionshandels außer Acht lässt. Dass das von der KMW bestellte Pöry-Gutachten trotz der eingepreisten CO₂-Zertifikate noch von einer Wirtschaftlichkeit ausgeht, zeigt einmal mehr deutlich das dieses Gutachten im weiteren Entscheidungsprozess in den Gremien der Gesellschaften keine Verwendung finden kann und darf. Selbst wenn man aber von einer Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals von 6,5 % ausgehen will, stellt sich natürlich die Frage, ob diese nun nicht mehr gerade sensationell zu nennende Renditeerwartung überhaupt noch in einem vernünftigen Verhältnis zu den enormen Risiken des Projektes stehen.“ ergänzt Bündnissprecher Carl Christian Müller.

„Falls das Kohlekraftwerk nicht ohnehin an der Finanzierbarkeit scheitern sollte, wird das Thema Wirtschaftlichkeit bei den nun anstehenden Entscheidungen in den Aufsichtsgremien, die das Schicksal des Kohlekraftwerkes zum Gegenstand haben, eine entscheidende Rolle spielen. Dabei ist jedes einzelne Aufsichtsratsmitglied verpflichtet, sollten Zweifel an der Wirtschaftlichkeit wie hier offen zu Tage treten, eigene Erkundigungen einzuholen und auf deren Grundlage die richtige Entscheidung zu treffen. Im Fall des Scheiterns wird eine Entschuldigung, man habe sich darauf verlassen, dass die vom Vorstand in einer Präsentation vorgestellten Zahlen schon stimmten, nicht greifen – denn wichtigste Aufgabe des Aufsichtsrates ist es, das Handeln des Vorstandes zu kontrollieren und Schaden von der Gesellschaft abzuwenden.“ so Müller abschließend.

[1] in Zusammenarbeit mit dem *Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)*, *Potsdam-Institut für Klimaforschung (PIK)*, *Universität Potsdam*, *Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie*, *European Climate Forum (ECF)* und *Germanwatch*
<http://www.climate-mainstreaming.net/co2strom.htm>